

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlichem Abnahme in Dresden oder durch die Post monatlich M. 4200,-  
Einzelnummer M. 200,-, Sonntagsausgabe M. 250,-.  
Die 10p. Ausgabe M. 400,-, außerhalb Sachsens M. 500,-. Familien-  
abgabe und Briefgebühren unter Wegfall jeden weiteren Nachsatzes M. 100,-.  
Vergütung für den Verleger. Zusätzliche Beiträge gegen Vorabzahlung.

Druck u. Verlag von Henschel & Kochert in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Nachrichten werden nicht aufgenommen.

**A. Graff, Rayski, L. Richter**  
kauft  
Kunsthandlung P. Rusch, Dresden-Altstadt  
Sidonienstraße 27 (nahe Hauptbahnhof) — Telefon 16279

**Was wünscht sich jede Dame?** Nach-Schra-Dauerwellen  
mit der neuesten  
Kette-Dauerwellen-Maschine aus New-York  
Jedes glatte Haar w. dauernd naturwellig u. bleibt haltb. b. Waschen u. Regen  
Gegründet 1900  
**A. Hachmeister — Schrader, Dresden** Fernruf: 21216  
Ringstraße 14 (am Bismarckdenkmal) Waisenhausstraße 15

**Oster-Ausstellung**  
Spielwaren — Sport  
**B. A. MULLER, Prager Straße 32**  
Deutschlands größtes Spielwarenhaus.

## Die unbezahlbare Endrechnung für Poincaré.

Ein englisches Urteil über das gescheiterte Ruhrabenteuer. — Der französische Kohlenmangel. — Französische Reparationsphantasien. — Die neue französisch-belgische Eisenbahnregie. — General v. Mudra von den Franzosen verhaftet? — Die Reichstagsführer der völkischen Freiheitspartei gegen Severings Parteiverbot.

### Das letzte Wort der Welt an Poincaré.

London, 25. März. „Observer“ schreibt über die Lage im Ruhrgebiet: Die deutsche Regierung und das deutsche Volk hätten einen Kampf mit bemerkenswerter Tüchtigkeit unter unendlich schweren Umständen geführt. Es seien keinerlei Anzeichen für ein Nachlassen der deutschen Entschlossenheit vorhanden. Poincaré habe die Flamme der deutschen Einheit neu entzündet, die nicht mehr ausgelöscht werden könne. In München habe eine nach Tausenden zählende Menschenmenge den Reichsfanzler Cuno empfangen, eines Helden würdig. Alle vernünftigen Franzosen und noch mehr Belgier wählten jetzt ausierlich, daß in wirtschaftlicher Hinsicht die Befreiung gescheitert ist, und daß ein Versuch, sie für militärische Zwecke zu irgendeiner Art von dauernder Besetzung umzuwandeln, nicht nur die Ansicht, sondern ausschließlich auch die wirksamen Mittel der Welt gegen Frankreich konsolidieren würden. Das Ende des Unternehmens für Poincaré werde jenes letzte Wort der gesamten Welt sein: „Mitte die Rechnung“, und die Rechnung wird größer sein, als sie Poincaré bezahlen kann. Ein juristischer Mitarbeiter des „Observer“ legt dar, daß Frankreichs unabhängige Aktion den Friedensvertrag von Versailles verletze. (W. T. N.)

### Der Kohlenmangel in Nordfrankreich.

Paris, 25. März. Wie der „Matin“ aus Lille erfährt, hat die dortige Vereinigung der Kohlenhändler festgestellt, daß in Nordfrankreich Kohlenmangel eintritt. Die meisten Industriellen hegen lebhaften Bedauern. Wenn nicht in einigen Tagen Kohlen in sehr großer Menge ankämen, müßten viele Fabriken stillgelegt werden und zahlreiche Arbeiter feuern. Nach der Erklärung des Kohlenhändlerverbandes fehlen bei den Gruben in Nordfrankreich die nötigen Transportmittel, um die Kohlen nach den Verkaufszentren zu schaffen.

### Stresemann über „Frankreichs größte Enttäuschung“.

Ottlingen, 24. März. Am Freitag hielt Reichsstaatsabgeordneter Dr. Stresemann im überfüllten Göttinger Stadtparksaal eine bedeutende Rede über die politische Lage. Die Frage ist, wie er ausführte: Rent der Gedanke des Neuaufbaues der Weltwirtschaft oder der Gedanke des französischen Imperialismus? Die Entscheidung darüber, ob wir zu einem endgültigen Frieden kommen sollen, liegt bei Frankreich. Gerade wir, die wir im Frieden eintraten für ein starkes Meer und für eine starke Flotte, wir dürfen nicht in den Fesseln

verfallen, zu glauben, daß die Welt durch andere als durch Machtfragen regiert werde. In Frankreich fiel die Entscheidung im Anfang dieses Jahres und nicht in der Richtung der weltwirtschaftlichen Verständigung, sondern in der brutalen Machtpolitik.

Das französische Volk lebt in dem verwerflichen Gedanken, daß ein einzelnes Volk die Lasten dieses Weltkrieges tragen könnte. Die Ruhraktion ist die größte politische Enttäuschung Frankreichs seit dem Friedensschluss. Das recht aus allen französischen Stimmen der französischen Presse und aus dem Parlament deutlich hervor. Als Beispiel, wie diese Enttäuschung in Frankreich wirkte, führte der Redner die Tatsache an, daß Poincaré nur nach Widerstreben in 3/4-jähriger Rede auf die 88 Fragen des Außenaußenbüros beantwortet habe. Eine Sache, zu der 88 Fragen gestellt werden, über die der Leiter der Politik 3/4 Stunden sprechen muß, kann wirklich schicklich sein. Ferner gab es dann nach dieser Sitzung eine große Aufregung, weil einige Sätze aus der Rede Poincarés in die Presse gelangt waren. Wenn eine Sache aus ist, würde ich sie fördern in aller Öffentlichkeit. Jetzt spricht man drüber nur von Geheimnissen Frankreichs. Die Franzosen müßten am Rhein bleiben. Da hätten sie eine Wiederherstellung Deutschlands vermeiden. Sie glauben an eine Wiederherstellung Deutschlands. Sie würden eine deutsche Armee, die wiederkommen könnte. Wie groß und gewaltig in ihrem Ansehen in der Welt muß die deutsche Armee gewesen sein, wenn man in Frankreich noch den Schrecken dieser Armee fürchtete. Wir verstehen, wenn die Franzosen ihre verzerrten Gebiete verlassen, wenn wir aber bedenken, daß unter solchem Meer nach 4-jährigem Kampfe und die Heimat unverfehrt zurückgegeben hat, dann müßten wir ihm und seinen Führern auf den Knien dafür danken, daß sie das getan haben. Stresemann führte dann des weiteren aus, daß wir auf irragende Hilfe von braunen in keiner Weise rechnen dürfen. Er wies vor allen Dingen die Hoffnung zurück, die sich auf eine russische Hilfe gründet. Als eine politische Forderung stellte er die Volksgemeinschaft auf. Von der Regierung forderte er, daß sie sich sowohl gegen Putschversuche von links wie von rechts wende. Der Staat muß bleiben. Ob die Leute bleiben, die lebt an seiner Spitze sind, ist gleichgültig.

### Erkrankung des Reichskanzlers.

Berlin, 25. März. Der Ausbruch für auswärtige Angelegenheiten hat seine am Montag anderwärtsige Sitzung auf Dienstag verschoben, da der Reichskanzler, der seit Sonnabend mittag einer Erkrankung wegen das Bett hüten muß, Wert darauf legt, an der Sitzung teilzunehmen. (W. T. N.)

## Ein deutscher Gegenbefehl gegen die französische Eisenbahnregie.

### An die Eisenbahner.

Berlin, 24. März. Die Errichtung einer „französisch-belgischen Eisenbahnregie“ hat den Reichsverkehrsminister zu einer Bekanntmachung an das Reichsbahnpersonal im besetzten und Einbruchgebiet veranlaßt, in der es heißt:  
„Die Franzosen und Belgier haben eine Regie für die Eisenbahnen der besetzten Gebiete eingerichtet, die an die Stelle der deutschen Verwaltung treten soll. Diese Maßnahme ist völkerrechtswidrig und verletzt den Vertrag von Versailles. Alle Weisungen und Anordnungen der Regie sind ungültig. Die deutsche Regierung besteht daher allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der deutschen Reichsbahn:

1. Keiner Weisung der Regie Folge zu leisten.
  2. Jedes Zusammenarbeiten mit der Regie wird untersagt.
  3. Der Aufforderung der Regie, unverzüglich zu den früheren Posten zurückzukehren und den Dienst wieder aufzunehmen, ist unter keinen Umständen und an keiner Stelle nachzukommen. Zu den von den Franzosen und Belgiern besetzten Stellen kehrt deutsches Personal nur dann zurück, wenn die betreffende Dienststelle zuvor von dem französischen oder belgischen technischen Eisenbahnpersonal geräumt ist.
  4. Verstöße gegen vorstehende Weisungen ziehen schwerste Disziplinarbestrafung, insbesondere Dienstentlassung sowie strafrechtliche Verfolgung nach sich.
- Die Anordnung der Regie zeigt, daß Frankreich und Belgien ohne die deutschen Eisenbahner den Eisenbahnbetrieb nicht in Gang setzen können. Deshalb kommt alles darauf an, daß jeder auch den neuen Verordnungen gegenüber standhält. Voller Schadenhaft wird allen durch die Maßnahmen der Franzosen und Belgier betroffenen Eisenbahnerinnen und ihren Familien zugesichert. Galtet fest aus wie bisher. Die sämtlichen Grosorganisations in Gemeinschaft mit den Personalvertretungen haben sich vollinhaltlich hinter das Verbot des Reichsverkehrsministers gestellt.

**Der Ausweisungsterror gegen die Eisenbahner.**  
Frankfurt a. M., 24. März. Anscheinend auf Grund der französisch-belgischen Regieverordnung sind in Worms bereits 88 Inhaber von Dienstwohnungen, die sich den Franzosen nicht gefügig zeigten, innerhalb 24 Stunden aus

ihren Dienstwohnungen ausgewiesen worden. Auch in Karlsruhe wurden 14 Eisenbahnbedienstete, die unter den Franzosen nicht arbeiten wollten, ausgewiesen. Ferner ist der Vorstand des Betriebsamts in Worms 2. Regimentsbahnrat Jordan, verhaftet und ausgewiesen worden. Die Familie hat innerhalb vier Tagen zu folgen. (W. T. N.)

### General v. Mudra von den Franzosen verhaftet?

Frankfurt a. M., 25. März. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Der bekannte preussische Heerführer General v. Mudra ist von den Franzosen verhaftet worden. v. Mudra war Führer der Argonnetruppen. (W. T. N.)

### Ausweisungen aus Buer.

Münster, 24. März. Aus Buer sind heute ausgewiesen worden: Oberbürgermeister Zimmermann, Oberbürgerat Hrens von der Berginspektion 3 und der Oberbürgerat Kassel von der Berginspektion 5. Letztere beiden müssen das besetzte Gebiet sofort, Oberbürgermeister Zimmermann binnen vier Tagen verlassen.

### Der neue Deutschenmord in Vorkalle.

Vorkalle, 25. März. Der 27 Jahre alte Bergmann Karl Fracht wurde gestern, wie bereits kurz gemeldet, an der Bahnstrecke zwischen Vorkalle—Vollmarstein von einer französischen Patrouille erschossen. Fracht befand sich auf der Reise nach Bochum und mußte wegen der Jugunterbrechung in Vorkalle aufsteigen. Er versuchte dann mit zwei Mitreisenden seine Reise zu Fuß fortzusetzen, geriet dabei in die Nähe der militarisierten Bahnstrecke Vollmarstein—Vorkalle, die er jedenfalls in Unkenntnis der erlassenen Bestimmungen zu überschreiten versuchte. Dabei wurde er von den französischen Bahnhofswehr erschossen. Die Zeugenvernahmen haben keinerlei Anhaltspunkte für die von französischer Seite verbreitete Darstellung ergeben, daß von deutscher Seite auf die französische Wache Schüsse abgegeben worden seien. Trotz wiederholter Bemühungen von deutscher Seite ist die Leiche bisher nicht freigegeben worden. (W. T. N.)

### Eine Erklärung der völkischen Freiheitspartei im Reichstag.

Drei Sitzungen wegen Beschlußunfähigkeit. — Neue Kämpfe.

In der Nachmittagsitzung des Reichstages, die Präsident Lobe nach der ersten beschlußunfähigen Sitzung am Sonnabend einberufen hatte, erklärte Reichsfinanzminister Herms zu der Entschließung v. Guérard wegen der Verbilligung des Brotes für Kinderbewilligte, daß er mit derselben einverstanden sei. Es könne eine solche Verbilligung aber nur im Anschluß an ein beschließendes Gesetz erfolgen, da für ein neues Gesetz die erforderliche Zeit zu lang sein werde. Vor dem Beginn der Abstimmungen bezweifelten Abgeordneter Leutencher (D. Sp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Bei der Abstimmung erschienen die sämtlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht wieder im Saal, es wurden insgesamt 143 Stimmen abgegeben. Das Haus ist somit beschlußunfähig.

Bei Beginn der dritten Sitzung beantragte Abg. Müller-Franken (Soz.) an die Spitze der Tagesordnung das den Ernährungsetat zu setzen. — Abg. Emminger (D. Sp.) widerspricht diesem Antrag. Die vorher getroffenen Abmachungen seien insofern nicht eingehalten worden, als für die Frankenkassen entgegen dem Programm vier Stunden erforderlich wurden. Trotzdem hätte gestern die Linke durch ihre Sabotage die Durchberatung dieses Etats vereitelt. Was gestern der Linke recht war, sei heute der Rechten billig!

Nach längerem heftigen Auseinandersetzen zwischen den Abg. Ledebour, Leutencher, Müller-Franken, Freytag und Dittmann schließt die Debatte. Die Petitionen werden genehmigt.

Präsident Lobe gibt dann dem Abg. Graefe das Wort zu einer Erklärung:

Abg. v. Graefe (Deutschvölkische Freiheitspartei) wird von säkularen Zwischenrufen der Linken empfangen. Er erklärt:

Gestern hat der preussische Minister Severing in willkürlicher Mißachtung der Rechtsfrage und seiner persönlichen Verfügungen die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei verfügt (Reichs. Reichs. Anst.). Damit hat Herr Severing gegen fundamentale Grundzüge der Reichsverfassung verstoßen, nach denen politische Parteien der Auflösung nicht verfallen können. Das Vergehen des Ministers ist um so schwerer, als er selbst vor einigen Monaten diese verfassungsmäßigen Grundzüge ausdrücklich anerkannt hat. Wir legen gegen den Verfassungsverstoß nicht nur wegen der Deutschvölkischen Freiheitspartei, sondern auch des gesamten Reichstages und seiner fundamentalen Rechte klärende Verwahrung ein und erwarten von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich die gebotenen Maßnahmen zum Schutze der Reichsverfassung ergreift. Gegen die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei haben wir die Reichsregierung eingelegt, deren unverzügliche Behandlung wir erwarten. Auch hier verlangen wir von der Reichsregierung, daß sie ihren Einfluß ausübt, unser Verfahren zu beschleunigen. Ingleich stellen wir fest, daß alle Vorwürfe des Herrn Severing, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei Hochverrat getrieben oder Vorbereitungen dazu getroffen habe, jeder Begründung entbehren. (Stürmischer Lärm auf der Bank der Linken, Abg. Walsahn (Komm.) ruft dem Redner Belästigung zu und wird nach Wiederholung dieses Rufes zweimal zur Ordnung gerufen.) — Kommen Sie nur raus, dann werde ich Ihnen zeigen, wer feige ist! (Großer Lärm im ganzen Hause, einige kommunistische Abgeordnete gehen zur Rednertribüne hinaus und auf den Redner los. Von der anderen Seite stellt sich Abg. Spang in die Nähe des Redners. Große Entrüstung auf der Rechten und Links: Schamlos, zwölfe gegen einen! — Präsident Lobe bittet endlich alle Damen und Herren, die Plätze einzunehmen, sonst könne die Sitzung nicht zu Ende geführt werden. Nachdem einigermassen Ruhe eingetreten ist, kann der Redner fortfahren.) Diese Vorwürfe sind auch nicht mit einem Schein des Beweises belegt. Wir beantragen deshalb, noch heute oder jedenfalls vor dem Auseinandergehen in die Oberferien eine Vollziehung zur Aussprache über den Verstoß des Herrn Severing anzuberaumen. Meine Freunde sind nicht gewillt, sich dem verfassungswidrigen Verbot des Herrn Severing zu fügen; wir erkennen das Verbot des Herrn Severing als gesehlich nicht an und werden uns in unseren verfassungsmäßig gewährleisteten Rechten nicht beeinträchtigen lassen.

Nach einer Geschäftsordnungsansprache wird die nächste Sitzung auf den 11. April angelegt.

### Erhöhte Alarmbereitschaft der preussischen Schutzpolizei.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ meldet, hat der preussische Minister des Innern, Severing, am 24. März an die Oberpräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

„Wegen drohender Unternehmungen radikaler Elemente erhöhte Alarmbereitschaft der Schutzpolizei überall anordnen. Ebenso ist größte Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei geboten. Erwarte gegebenenfalls schärfstes Zutreten.“